

Regionalwahlen in Russland - Ein Gradmesser für die demokratische Entwicklung?

Meister, Stefan; Müntel, Guido

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meister, S., & Müntel, G. (2006). Regionalwahlen in Russland - Ein Gradmesser für die demokratische Entwicklung? *Russland-Analysen*, 106, 11-13. <https://doi.org/10.31205/RA.106.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



CHANCEN LIBERALER POLITIK REGIONALWAHLEN IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Über die Zukunft liberaler Politik in Russland. Jens Siegert, Moskau		2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Parteien und politische Orientierung im Frühjahr 2006		6
■ ANALYSE		
Regionalwahlen in Russland – Ein Gradmesser für die demokratische Entwicklung? Stefan Meister, Jena und Guido Müntel, Belfast		11
■ UMFRAGE		
„Einiges Russland“ - die neue KPdSU?		14
Wählen, nicht wählen und „Gegen alle“ stimmen		16
■ CHRONIK		
Vom 22. bis zum 29. Juni 2006		18

Analyse

Über die Zukunft liberaler Politik in Russland

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

Achtzehn Monate vor der nächsten Dumawahl ist das so genannte „liberale Lager“ weit von einer Einigung entfernt. Alle Versuche, die Zusammenarbeit der seither außerparlamentarischen Kräfte zu verstetigen, sind gescheitert. Zwar herrscht Übereinstimmung, dass nur ein einigermaßen einiges liberales Lager eine realistische Chance auf Wiedereinzug in das Parlament hat, aber ob dieses Ziel unter den gegenwärtigen Bedingungen einer umfassenden Kontrolle des Wahlprozesses durch den Kreml erreicht werden kann, ist umstritten. Ein Teil der liberalen Kräfte setzt daher in erster Linie auf eine behauptete fehlende Stabilität des von Putin geschaffenen politischen Systems und die daraus unausweichlich folgenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krisen. Solche Auffassungen machen angesichts geschickter Änderungen von Wahl- und Parteiengesetzgebung durch die Kreml-Administration eine Einigung des liberalen Lagers noch vor der kommenden Dumawahl unwahrscheinlich. Die Gefahr, dass es auch in der kommenden Legislaturperiode keine liberale Fraktion im Parlament geben wird, ist sehr hoch.

Liberaler Verwirrungen

Achtzehn Monate vor der nächsten Dumawahl im Dezember 2007 ist das so genannte „liberale Lager“¹ wie eh und je uneinig darüber, woher und von wem die Rettung vor einer weiteren „Putinisierung“ Russlands kommen kann. Der Schock der Wahlniederlage im Dezember 2003, als keine der beiden liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) die 5-Prozent-Hürde überspringen konnte oder durfte, sitzt weiter tief. Einigkeit herrscht lediglich in zwei Punkten: Erstens hat nur ein einigermaßen einiges liberales Lager, das im Idealfall mit einer gemeinsamen Liste zur Dumawahl antritt, eine realistische Chance auf Wiedereinzug ins Parlament. Zweitens hängt der Wiedereinzug letztendlich aber davon ab, ob der Kreml das zulässt oder nicht. Auf die Entscheidung oder das Vermögen des Kreml dazu dürften aber wiederum Einigkeit und Stärke des liberalen Lagers einen gewissen, wenn auch nicht entscheidenden Einfluss haben.

Uneinigkeit herrscht über alles andere: Darüber, ob es überhaupt Sinn macht sich einem vom Kreml diri-

gierten und dominierten Wahlprozess zu unterziehen, um dann als vermutlich kleinste Oppositionspartei in einem von einer kremltreuen Partei wahrscheinlich mit Zwei-Drittel-Mehrheit dominierten Staatsduma zu sitzen. Darüber, wer in einem möglichen Wahlbündnis, um mit Gerd Schröder zu sprechen, „Koch“ und wer „Kellner“ ist. Darüber, welchen Charakter das Putinsche Herrschaftssystem hat, ob es sich zum Beispiel um ein kriminell-autoritäres Regime handelt, das „Krieg mit dem eigenen Volk“ (Garri Kasparow) führt, oder ob es sich um eine verwandelte Rückkehr des bürokratischen Systems der Sowjetunion handelt – geheimdienstdominiert und ideologieentkleidet. Und letztlich und am wichtigsten wohl darum, wie viel Bewegungsfreiheit es innerhalb dieses politischen Systems noch gibt, wie stabil das System auf kurze und mittlere Sicht ist und ob eine liberale Fraktion in der Staatsduma einen Unterschied macht.

Die Handelnden

Seit den Dumawahlen 2003 gab es wiederholt Versuche, die nun außerparlamentarischen demokratischen Kräfte zu einigen. Im Frühjahr 2006 sind fünf Akteure oder Akteursgruppen von Bedeutung übrig geblieben: die früheren Parlamentsparteien Jabloko und SPS, die Republikanische Partei Russlands (RPRF) oder besser Wladimir Ryschkow an der Spitze dieser Partei, der ehemalige Premierminister Kasjanow und der ehemalige Schachweltmeister Garri Kasparow. Keine der Parteien und PolitikerInnen hat es geschafft, zu einer im liberalen Lager und in der Öffentlichkeit anerkannten Führungsfigur zu werden. Da freie Wahlen *de facto* abgeschafft sind, und Justizbehörden und

¹ Die politische Farbenlehre in Russland unterscheidet sich erheblich von den im übrigen Europa üblichen Zuordnungen. Ich verwende den Begriff „liberal“ für ein Spektrum, das etwa die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auch abdecken, mit Ausnahme bolschewistischer Reste in der Linkspartei und kleinerer rechtskonservativer Überreste bei der Union. Oft werden die politischen Kräfte, um die es hier geht, auch der Einfachheit halber als „Demokraten“ bezeichnet, weil sie zumindest eint, dass sie eine Gesellschaft nach westlichem liberalen und demokratischen Muster anstreben.

Wahlkommissionen sich in hohem Maße manipulativ verhalten, ist es zudem fast unmöglich, die tatsächliche Stärke politischer Vereinigungen einzuschätzen.

Garri Kasparow

Direkt nach der Dumawahl 2003 gründete Garri Kasparow gemeinsam mit dem ehemaligen SPS-Vorsitzenden Boris Nemzow und eine Reihe von Politologen und Publizisten, das „Komitee 2008 ‚Freie Wahl‘“. In seiner Gründungsdeklaration forderte das Komitee zum Kampf um das Wahlrecht auf. Ziel sei es, insbesondere die Präsidentenwahlen 2008 wieder zu tatsächlichen Wahlen zu machen und damit die unter Präsident Putin eingeschränkten demokratischen Freiheiten zu verteidigen. Das Komitee traf sich mehrmals, gab einige scharf-oppositionelle Erklärungen heraus und verschwand schon Mitte 2004 wieder in der Versenkung, ohne sich allerdings formal aufzulösen.

Eine Art Nachfolger des Komitees 2008 ist der Allrussische Bürgerkongress, der jeweils im Dezember 2004 und 2005 zwei große Konferenzen zu den Jahrestagen der Dumawahl 2003 in abhielt. Treibende Kraft dahinter ist ebenfalls Garri Kasparow, auch wenn es neben ihm mit Ludmila Alexejewa, Vorsitzende der Moskauer Helsinki Gruppe, und Georgij Satarow, bekannter Antikorruptionskämpfer und Leiter der Stiftung „Indem“, zwei formal gleichberechtigte Co-Vorsitzende gibt. Auch traten auf den beiden Konferenzen fast alle wichtigen Akteure des liberalen Lagers auf, einschließlich der Parteivorsitzenden von SPS und Jabloko und führender NGO-Vertreter. Doch über die beiden Konferenzen hinaus entfaltete der Allrussische Bürgerkongress bis heute kaum öffentliche Initiativen. Die Konferenzen selbst sind Einzelereignisse geblieben, denen sich freilich nur wenige der Akteure entziehen konnten oder entziehen wollten. Niemand möchte beschuldigt werden, den notwendigen Einigungsprozess zu sabotieren oder boykottieren. Zur institutionellen Konsolidierung oder zur inhaltlichen Einigung hat der Bürgerkongress jedoch kaum beigetragen. Dazu wird er auch, trotz einer verbreiterten Basis gegenüber dem Komitee 2008 zu sehr von Kasparow dominiert.

Im Laufe des vergangenen Jahres hat Garri Kasparow noch einmal Ton und Inhalt seiner Kritik an der Putinschen Politik radikalisiert. Putins Regime führe einen inneren Krieg gegen das eigene Volk ist seine Hauptthese. Nach seiner Auffassung ist das Putin-System zudem weit weniger stabil, als es scheint. Eine Systemkrise, ähnlich der in der Ukraine 2004 ist in naher Zukunft unabwendbar. Kasparows Einfluss entspringt zu einem großen Teil dieser Radikalität,

die es anderen, gemäßigeren Politikern schwer macht, öffentlich sichtbar zu bleiben, ohne zu großer Nähe zu Putin verdächtigt zu werden. Damit gleicht Kasparow das weitgehende Fehlen einer organisierten und organisierbaren sozialen Basis aus. Ein politisches Programm fehlt. Allerdings ist Kasparow bis heute die einzige charismatische Figur der liberalen Opposition. Diese Stärke weist aber sogleich auch auf die größte Schwäche Kasparow hin: Er braucht die Radikalisierung und eine Revolutionsrhetorik, um sichtbar zu bleiben und Wirkung zu erzielen. Außerdem ist ihm an einer strukturellen und institutionellen Konsolidierung der demokratischen Opposition kaum gelegen, da sie seine Rolle des Volkstribuns verringern würde. Kasparow bleibt eine Art Einpeitscher, der nie ganz dazugehört. Folgerichtig hat er bereits erklärt, an den kommenden Parlamentswahlen nicht teilnehmen zu wollen. Angesichts des geänderten Wahlgesetzes könnte er das auch nur, indem er in eine schon bestehende Partei eintreten und auf deren Liste kandidieren würde. Auch die neueste Initiative von Kasparow (formal: des Allrussischen Bürgerkongresses), die im Vorfeld des G8-Gipfels am 11. und 12. Juli in Moskau geplante Konferenz „The Other Russia“, passt in dieses Muster. Sie soll dem – vorwiegend westlichen – Publikum ein anderes, also nicht-putinsches Russland zeigen, als das auf dem Gipfel in St. Petersburg präsen- und präsentierte.

Michail Kasjanow

Michail Kasjanow versucht sich seit März 2005 mit seiner öffentlich angekündigter Präsidentschaftskandidatur als „Führer aller liberalen Kräfte“ zu positionieren. Der Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt. Direkt nach der „orangenen Revolution“ in der Ukraine und ein Jahr nach der „Rosenrevolution“ in Georgien gab es vor allem in den USA nicht wenige, die eine Juschtschenko und Saakaschwili vergleichbare Figur (bekannt, möglichst populär, mit Regierungserfahrung) auch in Russland für die Voraussetzung für einen politischen Wechsel hielten. Diese Erwartungen, besser Befürchtungen teilten und teilen auch ein nicht unerheblicher Teil der russischen Machtelite. Doch diese zu einfache Rechnung ging nicht auf. Weder zeigten ausreichend viele liberale Politiker Interesse an einer „Integrationsfigur“ Kasjanow, noch reicht die Popularität des Ex-Ministerpräsidenten aus. Im Gegenteil: Sein Image ist in den Augen der meisten Menschen in Russland weiterhin eng mit der Wirtschaftskrise und der Korruption der Jelzinpräsidentschaft verbunden. Kasjanow war schon in den späten Jelzinjahren Finanzminister und stellvertretender Regierungschef und sein von findigen „Polittechnologen“

geprägter Spitzname „Mischa-Zwei-Prozent“, der auf eine angebliche zweiprozentige Gewinnbeteiligung an Kasjanow für Informationen darüber verweist, welche Kredite das Not leidende Russland bedienen oder eben nicht bedienen werde, hängt ihm bis heute an.

Ende 2005 versuchte Michail Kasjanow die „Demokratische Partei“ von Nikolaj Trawkin zu übernehmen, um sie zu einer Alternative zu den „alten“ Parteien SPS und Jabloko als Sammelbecken der liberalen Kräfte zu machen. Das Unternehmen scheiterte aber an geschickter Obstruktion aus dem Kreml. Die Mehrheit der Delegierten erschien nicht im Parteitagssaal, sondern wählte an anderer Stelle eine alternative Parteispitze. Zu diesem für Kasjanow offensichtlich unerwarteten Stimmungswandel sollen laut Presse, Handgeldzahlungen nicht unerheblich beigetragen haben. Auf Warnungen aus der Präsidentschaftsadministration hatte Kasjanow nicht gehört. Nach dieser Erfahrung beschränkte er sich im Frühjahr 2006 auf die Gründung einer „Volks-Demokratischen Bewegung“ (Narodno-Demokratischekoje Dwizenije). Kasjanow schließt eine Beteiligung an den kommenden Dumawahlen aus. Hierin Kasparow ähnlich, zeichnet auch er ein krisenhaftes Bild vom Zustand des politischen und ökonomischen Systems, allerdings ohne Kasparows kriegerischen Unterton. Kasjanow gibt eher den *Elder Statesman* mit weiterhin guten Beziehungen in den Apparat. So empfiehlt er sich auch als „Mann des Westens“ für den Fall der Fälle.

Wladimir Ryschkow

Wladimir Ryschkow ist einer der wenigen unabhängigen und liberalen Abgeordneten der Staatsduma. Er gewann 2003 wie schon zweimal zuvor einen Direktwahlkreis im Gebiet Altaj. Bei den kommenden Dumawahlen wird es aber keine Direktkandidaten mehr geben. Alle Abgeordneten werden nach weit reichenden Änderungen im Wahlgesetz, zu denen auch die Einführung einer 7-Prozent-Hürde gehört, über Parteilisten bestimmt. Ryschkow versucht, sich als Alternative zu den alten „verbrauchten“ liberalen Kräften aufzubauen. Entsprechend lehnt er Kompromisse mit Jabloko und SPS oder Vereinigungsgespräche konsequent ab. Die alten Parteien mit dem bekannten Führungspersonal, hätten ihre Chance gehabt und sie nicht genutzt. Sie seien zu einer Erneuerung nicht mehr in der Lage, wichtiger noch, die WählerInnen würden ihnen eine Erneuerung nicht abnehmen.

2005 versuchte sich Ryschkow mit der Übernahme des Vorsitzes der RPRF folgerichtig eine eigene Parteibasis zu schaffen. Er warb auch bei zwei wei-

teren Parteiinitiativen, den Soldatenmüttern und der Partei „Grünes Russland“ unter dem Vorsitz von Alexej Jablokow, dafür, sich mit seiner Partei zu vereinigen. Zumindest ein Teil, internen Informationen zufolge etwa 5.000, der Soldatenmütter ging auf das Angebot ein und trat im Herbst 2005 in die RPRF ein. Doch all diese Anstrengungen halfen nicht. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der Partei die nach den Gesetzesänderungen obligatorische Umregistrierung versagt. Gegenwärtig klagt sie gegen eine ganze Reihe von regionalen Wahlkommissionen, die die jeweiligen regionalen Untergliederungen der RPRF wegen „mangelnder Aktivität“ geschlossen haben. Werden diese Entscheidungen rechtskräftig, dann wird die Partei die Bedingungen des verschärften Parteiengesetzes nicht erfüllen, die mindestens 50.000 Mitglieder insgesamt und in mindestens 45 Regionalorganisationen jeweils mindestens 500 Mitglieder fordern.

SPS

Der Zustand der SPS ist nur sehr schwer einzuschätzen. Immerhin hat es die Partei Anfang 2006 bei zwei Regionalwahlen über die 5-Prozent-Hürde geschafft. Es scheint also zumindest einige handlungsfähige Regionalgruppen zu geben. Mit Nikita Belych, der zuvor einige Jahre lang stellvertretender Gouverneur des Gebiets Perm war, gibt es eine recht unverbrauchte, neue, wenn auch oft etwas provinziell wirkende Führungsfigur. Das Provinzielle muss aber in einem weitgehend aus Provinzen bestehenden Land nicht unbedingt schlecht sein. Die SPS hat ein gegenüber den anderen Parteien ein großes Plus, dass aber zugleich ihr wohl größtes Minus ist: eine stabile Finanzierungsquelle. Sie hängt weiterhin nicht nur organisatorisch und ideologisch stark vom ehemaligen Leiter der Jelzin-Präsidentenadministration und heutigen Vorstandsvorsitzenden des Strommonopolisten „Vereinigte Energiesysteme“ Anatolij Tschubajs und dessen finanzieller Freigiebigkeit ab – und damit natürlich indirekt vom Kreml. Das sind in den Augen vieler WählerInnen zwei arge Handikaps: Für die einen steht SPS wegen Tschubajs dem Kreml zu nahe, für die anderen, ebenfalls wegen Tschubajs, den Sünden der Reformer der Jelzinzeit. Grundsätzlich ist SPS zu einem Bündnis mit Jabloko bereit, allerdings nur als *merger of the equal* und nicht unter der Führung von Jabloko-Chef Grigorij Jawlinskij.

Jabloko

Genau diese politisch und moralisch zweifelhafte Vergangenheit macht ein mögliches Bündnis mit SPS für Jabloko zu einer heiklen Angelegenheit. Jabloko ist die einzige liberale Partei, der ein funktionie-

rendes Regionalnetzwerk nachgesagt wird. Größere Wahlerfolge blieben in den vergangenen Jahren aber auch bei Regionalwahlen aus. Immerhin hat Jabloko die Umregistrierung überstanden und von den Zentralen Wahlkommission amtlich 55.000 Mitglieder bestätigt bekommen. Im Frühjahr 2006 haben sich ein großer Teil der Initiatoren zur Gründung der Partei „Grünes Russland“ Jabloko angeschlossen und innerhalb der Partei eine Fraktion gegründet. Gleiches gilt für einen Teil der Soldatenmütter.

Ein großes Problem bleibt für Jabloko das Image von Parteichef Grigorij Jawlinskij als „gescheitertem Politiker“, der in der Vergangenheit immer dann nicht „gesprungen“ ist, wenn es darauf ankam. Wie alle liberalen Parteien außer SPS plagen Jabloko enorme Geldsorgen, da praktisch alle legalen Geldquellen vom Kreml kontrolliert werden. Auch Jabloko hat mehrfach die Bereitschaft zu einem Bündnis mit SPS erklärt, trotz großer ideologischer Bedenken und der bis heute großen Nähe zum Kreml. Allerdings ist die Partei unter den gegenwärtigen rechtlichen Bedingungen (siehe unten) nicht bereit, sich auf das Wagnis einzulassen, die eigene, eingeführte „brandname“ aufzugeben.

Ist ein Wahlbündnis überhaupt noch möglich?

In Bezug auf die Parlamentswahlen 2008 kristallisieren sich im Wesentlichen zwei Positionen heraus. Die erste geht davon aus, dass eine liberale Fraktion im Parlament, trotz dessen machtpolitisch relativ geringer Bedeutung, eine Voraussetzung für das „Überwintern“ liberaler politischer Strukturen in Russland ist und zudem einen gewissen Schutz gegen das weitere Erodiere demokratischer Freiheiten und die wachsenden autoritativen Tendenzen bieten kann. Dieser Position liegt meist die Annahme zugrunde, dass das Putinsche Regime oder seine möglichen Nachfolgesysteme zwar im Kern nicht stabil sind, angesichts der vorherrschenden Stimmungen im Land aber zumindest kurzfristig nicht mit einer tief greifenden politischen Demokratisierung zu rechnen ist. Dieser Sichtweise hängen wohl nicht zufällig auch die Führungsgremien von SPS und Jabloko an, also derjenigen Organisationen mit den ältesten und stabilsten organisatorischen Strukturen. Sie haben zudem das größte Interesse an einem stabilen und langfristigen Bündnis der liberalen Kräfte.

Die zweite Position gibt einer liberalen Vertretung im Parlament entweder keine Chance oder misst ihr keine Bedeutung zu, oft beides. Abhilfe wird von außen oder von der Straße erhofft. Die gegenwärtige Situation wird meist als akut krisenhaft geschildert, aus der sich jederzeit den ukrainischen oder georgi-

schen Umbrüchen ähnliche Entwicklungen ergeben könnten. Diese Sichtweise wird radikal von Kasparow formuliert, vorsichtiger von Kasjanow und, in letzter Zeit, von Ryschkow. Auffällig auch hier, dass keiner der drei über eine strukturierte soziale oder politische Basis verfügt. Gemessen an der Hektik, mit der der Kreml in den vergangenen zwei Jahren versucht, die politischen Prozesse im Land zu steuern, Pseudoparteien ins Leben zu rufen und real existierende zu kujonieren, scheint diese Sichtweise auch in der gegenwärtigen Machelite viele Anhänger zu haben. Für die zweite Position ist eine auch strukturell und langfristig angelegte Einigung der liberalen Kräfte in Russland weniger wichtig als taktische und situative Bündnisse.

Doch selbst unter der Voraussetzung, es gäbe Einigkeit darüber, dass ein Bündnis zu den nächsten Dumawahlen notwendig und nützlich sei, bliebe nur noch wenig Zeit und fast noch weniger Möglichkeiten, eines zu schaffen. Grundsätzlich gibt es auch dazu zwei unterschiedliche Auffassungen. Die erste sieht SPS und Jabloko als verbraucht und für zu viele potentielle Wähler nicht mehr wählbar an. Man bräuchte also einen ganz neuen Anfang. Alle Versuche (Kasjanow, Ryschkow), eine solche neue Hülle zu etablieren, sind aber fehlgegangen, meist unter aktiver Mithilfe der Präsidentenadministration. Eine völlige Neugründung aber scheitert inzwischen am neuen Parteiengesetz und der fortgeschrittenen Zeit: Parteien müssen, um zu Wahlen zugelassen zu werden, mindestens ein Jahr vor dem Wahltag offiziell registriert sein. Auch hat der Kreml mehrfach gezeigt, dass er die Neugründung von Parteien nicht zuzulassen geneigt ist.

Listenverbindungen sind schon länger verboten, wie in Deutschland auch. Blicke die Möglichkeit, sich analog zu PDS/Linkspartei und WSAG darauf zu verständigen, dass Kandidaten aus allen liberalen Parteien auf eine ausgewählte Parteiliste aufgenommen würden. Dieses Verfahren hätte sogar den Vorteil im Dezember 2005 bei den Wahlen zum Moskauer Stadtparlament bereits einem mit gewissem Erfolg ausprobiert worden zu sein. Auf der Liste von Jabloko kandidierten Mitglieder von SPS, Alexej Jablokow von „Grünes Russland“ und eine Vertreterin der Soldatenmütter. Die gemeinsame Liste bekam knapp 11 Prozent und überwand die in Moskau besonders hohe Hürde von 10 Prozent. Doch gelang es nicht, den Wiedereinzug ins Moskauer Stadtparlament als Erfolg einer gemeinsamen Strategie im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Außerdem gibt es bereits Pläne des Kreml, die Kandidatur von Nichtparteimitgliedern auf einer Parteiliste noch vor den kommenden Dumawahlen zu verbieten.

Eine Vereinigung von Parteien, immer wieder in der Diskussion, wird auch immer unwahrscheinlicher. Formal wäre das nur möglich, wenn die Mitglieder einer Partei zuerst aus ihrer Partei austreten, um dann in einem zweiten Schritt in die neue Partei einzutreten. Zwischenzeitlich könnte die aufzugebende Partei vom Justizministerium aufgelöst werden, bevor die neue bereit ist. Dieses hohe Risiko ist bisher, ganz abgesehen von ideologischen Differenzen, persönlichen Eitelkeiten und sonstigen Hindernissen, niemand

bereit einzugehen. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, dass sowohl SPS als auch Jabloko versuchen werden zu den Dumawahlen 2007 mit jeweils eigenen Listen, also auch gegeneinander anzutreten. Gemessen am gemeinsamen Wählerpotential von 10 bis maximal 15 Prozent ist das erneute Scheitern beider an der diesmal 7 Prozent hohen Hürde sehr groß. Es bleibt also wieder der Entscheidung des Kreml überlassen, ob es in der neuen Duma eine liberale Fraktion geben wird oder nicht.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er als zehn Jahre in Moskau als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radio.

Lesetipps

- V.J. Gel'man: Political Opposition in Russia: A Dying Species?, in: Post-Soviet Affairs, 21.2005, Nr. 3, S. 226–246.
- S. White; I. McAllister: Dimensions of Disengagement in Post-Communist Russia, in: The Journal of Communist Studies and Transition Politics, 20.2004, Nr. 1, S. 81–97.
- Elfie Siegl: Haben die Liberalen in Russland eine Chance? und Galina Michaleva: Haben liberale Kräfte eine Zukunft? , in: Russlandanalysen 91. <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen91.pdf>

Webseiten

- Allrussischer Bürgerkongress: www.civitas.ru
- Garri Kasparow: www.kasparov.ru
- Jabloko: www.yabloko.ru
- Union der Rechten Kräfte: www.sps.ru
- Komitee 2008 „Freie Wahl“: www.komitet2008.ru
- Konferenz „The Other Russia“: www.theotherussia.ru
- Wladimir Ryschkow: www.ryzkov.ru

Tabellen und Grafiken zum Text

Parteien und politische Orientierung im Frühjahr 2006

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom April und Mai

<http://www.levada.ru/press/2006050502.html>, <http://www.levada.ru/press/2006060504.html>

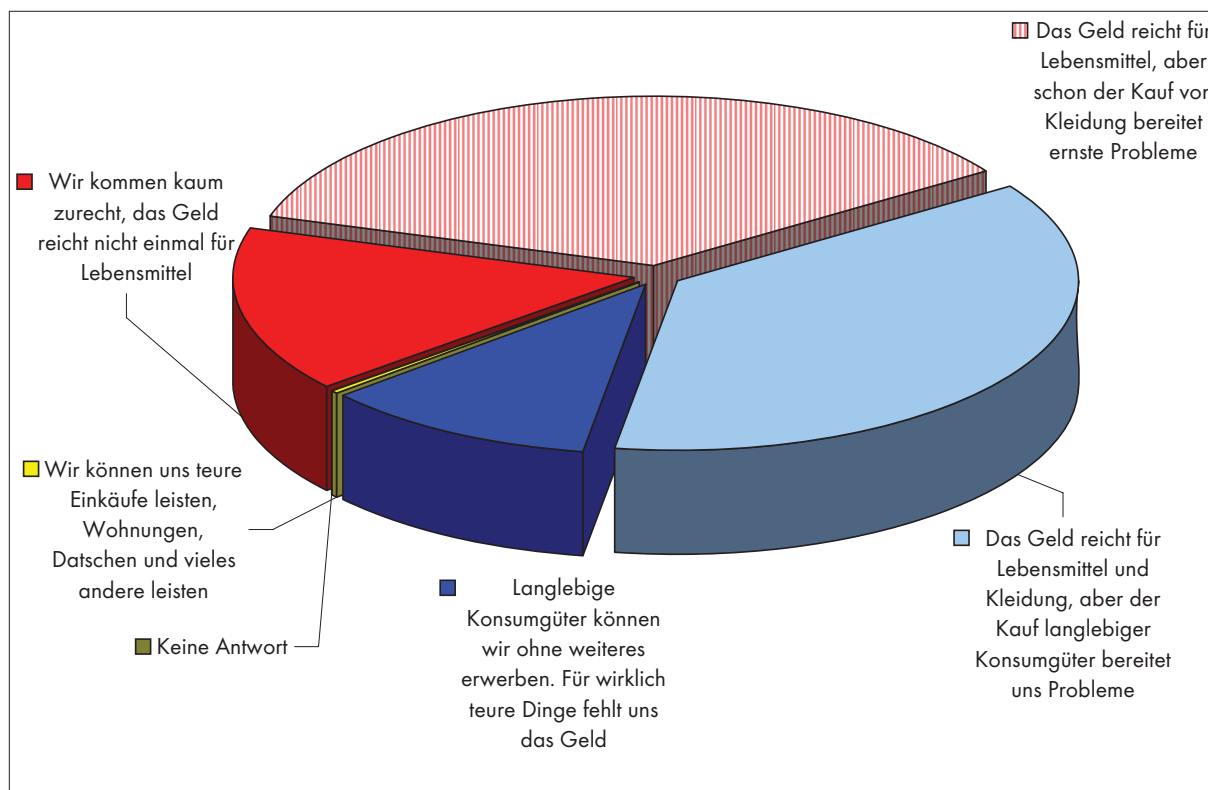
Wenn nächsten Sonntag Dumawahlen würden, für welche Partei würden Sie stimmen?

	April		Mai	
	Alle Befragten	Von denen, die abstimmen wollen und sich schon entschieden haben	Alle Befragten	Von denen, die abstimmen wollen und sich schon entschieden haben
Einiges Russland	29%	51%	29%	49%
KPRF	10%	19%	9%	16%
LDPR	6%	11%	6%	9%
Heimat (Babakow)	1%	2%	1%	1%
Block SPS-Jabloko	1%	3%		
SPS			1%	2%
Jabloko			2%	4%
Für ein würdiges Leben (Glasjew)	2%	3%	3%	5%
Agrarpartei Russlands	1%	1%	1%	2%
Partei der Pensionäre	1%	1%	1%	1%
Gegen alle	8%	5%	8%	5%
Gehe nicht zur Wahl	14%		14%	
Weiß nicht, ob ich zur Wahl gehe	7%		7%	
Weiß nicht, für wen ich stimmen soll	18%		18%	
Residuum	2%	4%	0%	6%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom April und Mai

<http://www.levada.ru/press/2006050502.html>, <http://www.levada.ru/press/2006060504.html>

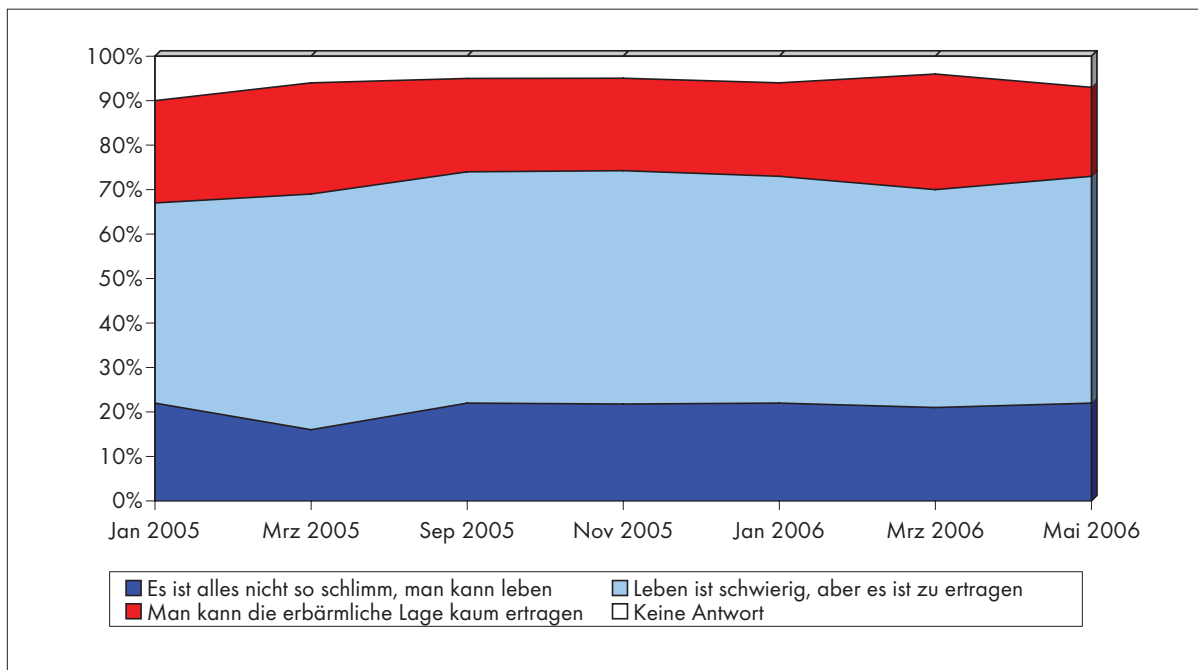
Zu welcher der folgenden Gruppen zählen Sie sich am ehesten? (Mai 2006)



	Jan 2006	Mai 2006
Wir kommen kaum zurecht, das Geld reicht nicht einmal für Lebensmittel	13%	16%
Das Geld reicht für Lebensmittel, aber schon der Kauf von Kleidung bereitet ernste Probleme	37%	36%
Das Geld reicht für Lebensmittel und Kleidung, aber der Kauf langlebiger Konsumgüter bereitet uns Probleme	38%	37%
Langlebige Konsumgüter können wir ohne weiteres erwerben. Für wirklich teure Dinge fehlt uns das Geld	12%	11%
Wir können uns teure Einkäufe leisten, Wohnungen, Datschen und vieles andere leisten	0,10%	0,40%
Keine Antwort	1%	0%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru./press/2006060504.html>

Welche der aufgeführten Aussagen entspricht am ehesten der gegenwärtigen Lage?

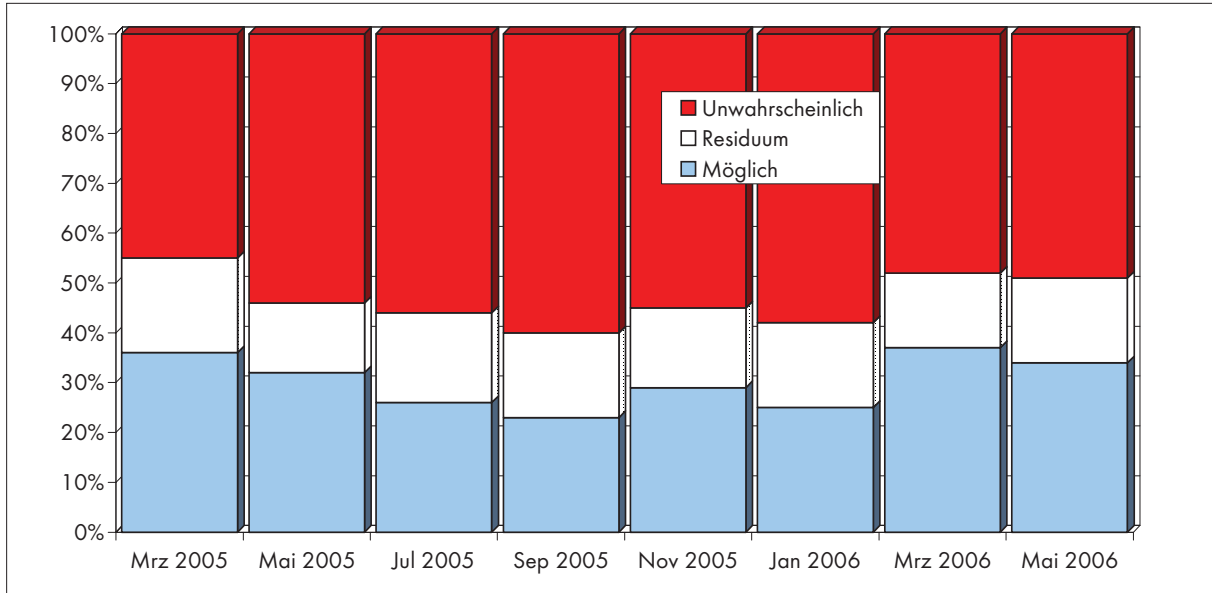


Welche der aufgeführten Aussagen entspricht der gegenwärtigen Lage am ehesten?

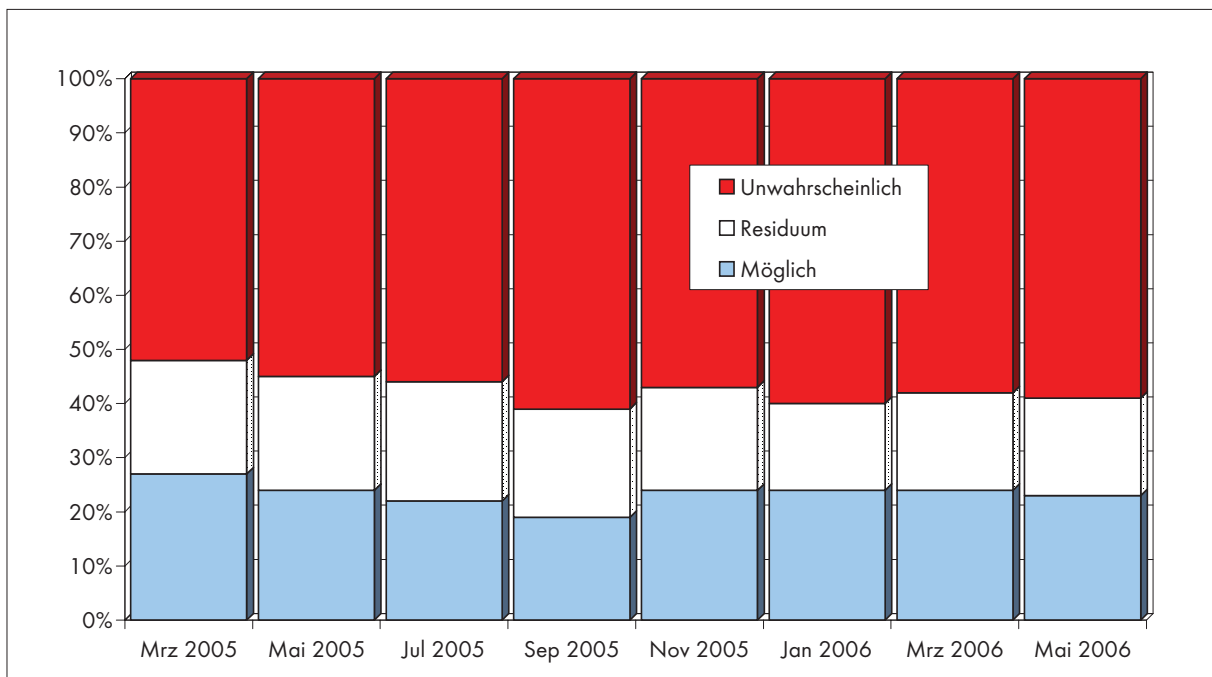
	Jan 2005	Mrz 2005	Sep 2005	Nov 2005	Jan 2006	Mrz 2006	Mai 2006
Es ist alles nicht so schlimm, man kann leben	22%	16%	22%	22%	22%	21%	22%
Leben ist schwierig, aber es ist zu ertragen	45%	53%	52%	53%	51%	49%	51%
Man kann die erbärmliche Lage kaum ertragen	23%	25%	21%	21%	21%	26%	20%
Keine Antwort	10%	6%	5%	5%	6%	4%	7%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru./press/2006060504.html>

Wie wahrscheinlich sind in Ihrer Stadt/Bezirk Massenproteste gegen das Absinken des Lebensstandards, zur Verteidigung eigener Rechte?



Sind in Ihrer Stadt/Bezirk Massenproteste mit politischen Forderungen möglich?



Entwicklung des Protestpotentials

	Mrz 2005	Mai 2005	Jul 2005	Sep 2005	Nov 2005	Jan 2006	Mrz 2006	Mai 2006
Wie wahrscheinlich sind in Ihrer Stadt/Bezirk Massenproteste gegen das Absinken des Lebensstandards, zur Verteidigung eigener Rechte?								
Möglich	36%	32%	26%	23%	29%	25%	37%	34%
Unwahrscheinlich	45%	54%	56%	60%	55%	58%	48%	49%
Residuum	19%	14%	18%	17%	16%	17%	15%	17%
Wenn es solche Massenproteste gäbe, würden Sie persönlich daran teilnehmen?								
Möglich	27%	24%	22%	22%	22%	23%	26%	23%
Unwahrscheinlich	57%	58%	56%	61%	63%	58%	62%	64%
Residuum	16%	18%	22%	17%	15%	19%	12%	13%
Sind in Ihrer Stadt/Bezirk Massenproteste mit politischen Forderungen möglich?								
Möglich	27%	24%	22%	19%	24%	24%	24%	23%
Unwahrscheinlich	52%	55%	56%	61%	57%	60%	58%	59%
Residuum	21%	21%	22%	20%	19%	16%	18%	18%

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums <http://www.levada.ru./press/2006060504.html>

Analyse

Regionalwahlen in Russland – Ein Gradmesser für die demokratische Entwicklung?

Stefan Meister, Jena, und Guido Müntel, Belfast

Prüfstein Regionalwahlen

Im März 2006 beherrschten die Wahlen in Weißrussland und der Ukraine für Wochen die Auslandsberichterstattung der deutschen Medien. Die Urnengänge in insgesamt 68 Regionen Russlands am 12. März 2006 wurden dagegen kaum wahrgenommen. Überwiegend handelte es sich um Wahlen zu den Organen lokaler Selbstverwaltung, doch in acht Föderationssubjekten („Ländern“) ging es auch um die Neubesetzung der regionalen Parlamente¹. Dieser erste gemeinsame Wahlgang in zwei Dritteln der Föderationssubjekte Russlands erfolgte auf Grundlage eines Beschlusses der Staatsduma vom Sommer 2005. Danach finden Wahlen unterhalb der nationalen Ebene an zwei einheitlichen Terminen im Jahr statt: jeweils am zweiten Sonntag im März und Oktober.

Regionale Wahlen sind für die Bewertung der politischen Entwicklungen in Russland von wesentlicher Bedeutung, geben sie doch Auskunft über die aktuelle Stimmungslage in der Bevölkerung. Dem Kreml dienen sie in diesem Fall vor allem als Testlauf und Experimentierfeld für die Duma- und Präsidentschaftswahlen 2007 und 2008. Nach der Änderung des Wahl- und des Parteiengesetzes sollte das Abschneiden der einzelnen Parteien ein Bild von deren Positionierung innerhalb der politischen Landschaft Russlands geben. So war insbesondere von Interesse, ob es der Putin-treuen Partei „Einiges Russland“ gelingen würde, ihre Mehrheitsposition in den regionalen Parlamenten weiter zu festigen. Die Wahlen konnten auch Aufschluss über den Stand der demokratischen Entwicklung in Russland geben, die zuletzt angesichts wachsender staatlicher Kontrolle des öffentlichen Raumes, insbesondere von Medien und Zivilgesellschaft, angeschlagen schien. Darüber hinaus waren die Wahlen Gradmesser für den Einfluss des föderalen Zentrums in den Regionen: in den Gebieten Kaliningrad und Nischni Nowgorod hatte nur ein halbes Jahr zuvor Präsident Putin die Gouverneursposten mit Moskauer Politikern – Georgi Boos und Walerij Schanzew – besetzt, die sich nun bewähren mussten.

¹ Die Republiken Adygeja und Altai, der Autonome Kreis Chanty-Mansij sowie die Gebiete Kaliningrad, Kirow, Kursk, Nischnij Nowgorod und Orenburg; die Ergebnisse finden Sie in den Russlandanalysen 94, S. 13–14, unter <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen94.pdf>

Erfolg für „Einiges Russland“, Kampf um Platz zwei und Niedergang der Liberalen

Der komfortable Sieg von „Einiges Russland“ in allen acht Regionen ist das offensichtlichste Ergebnis dieser Wahl. Die Partei gewann in allen Regionen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für die Parteienlisten (laut dem neuen Wahlgesetz von Juli 2003 muss mindestens die Hälfte der Abgeordneten regionaler Parlamente über Parteienlisten nach Verhältniswahlrecht (Zweitstimme) bestimmt werden). Der Anteil von „Einiges Russland“ variiert regional von 27% in der Republik Altai bis zu knapp 55% im Autonomen Kreis Chanty-Mansij. Damit baute sie insgesamt in den Regionalparlamenten ihre dominante Stellung gegenüber anderen Parteien aus. Bei Hinzuzählung der Direktmandate (Erststimme) verfügt sie zumeist auch über die absolute Mehrheit an Sitzen in den jeweiligen Parlamenten.

Die Kommunistische Partei (KPRF) konnte ihre Position als zweitstärkste Kraft im russischen Parteienspektrum weitgehend behaupten. Doch auch hier variieren die Ergebnisse zwischen 9% der Wählerstimmen im Altai bis 18% in der Region Nischni Nowgorod. Es zeigte sich, dass die KPRF in einem schärfer werdenden Wettbewerb mit anderen, vor allem national-patriotischen und populistischen Parteien steht. So zog Schirinowskijs LDPR in der Kirower Region mit 14% nahezu gleich mit den Kommunisten. Insgesamt büßte die LDPR aber deutlich Stimmen ein und kämpfte mit Ergebnissen zwischen 5% und 8% eher darum, überhaupt in die jeweiligen Parlamente einzuziehen. In Kursk und Adygeja scheiterte sie an der dortigen 7%-Hürde.

Die nationalistisch-patriotische Partei „Heimat“

wurde bis auf die Republik Altai in keiner Region zur Wahl zugelassen. Im Altai erreichte sie mit einem Stimmenanteil von 10,5% den zweiten Platz noch vor der KPRF. Wäre „Heimat“ auch in allen anderen Regionen zur Wahl zugelassen worden, hätte sie sich als machtvoller Konkurrent der KPRF etablieren können. Eine Überraschung der Wahlen war, dass die „Partei der Pensionäre“ ihre Anteile zum Teil deutlich ausbauen konnte. Sie vermochte es in drei Regionen (Chanty-Mansiiskii, Kirow, Nischnij Nowgorod) an die Stimmenzahl der Kommunisten heranzukommen.

Ein weiteres wichtiges und aus westlicher Sicht besorgniserregendes Ergebnis dieser Wahlen ist, dass die liberalen Parteien zunehmend in die Bedeutungslosigkeit abgleiten. „Jabloko“ und die „Union der Rechten Kräfte“ (SPS) konnten trotz erstmaliger Kooperation in Form gemeinsamer Listen und gegenseitiger Unterstützung in keines der acht neu gewählten Regionalparlamente einziehen. Sie scheiterten in allen Regionen an den Zugangshürden, die regional unterschiedlich zwischen 5 und 7% liegen, und erreichten ihr bestes Ergebnis in Kursk mit 6,5%. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass liberale, pro-westliche Parteien von der Bevölkerung Russlands nicht als Alternative wahrgenommen werden.

Protestpotential

Diese Ergebnisse sind jedoch nicht einseitig dahingehend zu interpretieren, dass in Russland nun eine sehr breite oder gar wachsende Unterstützung für die gegenwärtigen Machthaber existiert. Protest und Unzufriedenheit mit der politischen Führung wurden vielmehr auf andere Weise deutlich: Nur ein relativ geringer Teil der Stimmberechtigten geht überhaupt zur Wahl. Durchschnittlich liegt die Beteiligung bei ca. 40%, am niedrigsten war sie jedoch in Nischnij Nowgorod mit 32% und in Kaliningrad mit knapp 36%. Zugleich drücken die Wähler ihren Protest damit aus, dass sie „Gegen alle“ stimmen. Durchschnittlich kreuzten, von denjenigen, die noch zur Wahl gegangen sind, 6–9% „Gegen alle“ an. Dieser Protestanteil erreichte in der Region Kaliningrad sogar knapp 17%. Vor dem Hintergrund, dass mit der faktischen Ernennung der regionalen Exekutive durch den Präsidenten die Parlamente nun die einzigen direkt gewählten Verfassungsorgane auf regionaler Ebene sind, besteht damit die Gefahr einer wachsenden gleichgültigen und negativen Einstellung zu den Institutionen der politischen Interessenvertretung.

Administrative und finanzielle Ressourcen

In einigen Regionen trugen die fehlenden Auswahlmöglichkeiten auf dem Stimmzettel und der zum

Teil dreiste Einsatz „administrativer Ressourcen“ auch zu dieser niedrigen Wahlbeteiligung bei. Mit sechs zur Wahl nicht zugelassenen Parteien führt Nischnij Nowgorod die Liste der Regionen an, deren Behörden besonders hart durchgriffen. Dichtauf folgt Adygeja, wo vier Parteien keine Zulassung erhielten, sowie Kursk und Kaliningrad mit jeweils zwei Parteien. Bei den ausgeschlossenen Organisationen handelte es sich in erster Linie um national-patriotische Parteien, wie „Heimat“, „Patrioten Russlands“ oder die „Volkspartei“, denen man häufig Verstöße gegen wahlrechtliche Bestimmungen vorwarf.

Darüber hinaus unterstützten die Regionalregierungen auch ganz offen „Einiges Russland“: Während zum Beispiel im Kaliningrader Gebiet Gouverneur Boos und Bürgermeister Sawenko – entgegen der aktuellen Gesetzeslage – auf Wahlplakaten von „Einiges Russland“ warben, taten Gouverneur Schanzew und Bürgermeister Bulanow in Nischnij Nowgorod mehr und kandidierten auf den vordersten Plätzen der Kandidatenliste der Putin-Partei. Ebenso wie weitere prominente Bürgermeister und führende Geschäftsleute der Region gaben sie ihre Mandate allerdings nach gewonnener Wahl an eher unbekannte Kandidaten auf den folgenden Listenplätzen ab.

Schlussfolgerungen und Ausblick für die nationalen Wahlen 2007/2008

Mit dem Sieg von „Einiges Russland“ setzt sich in allen Regionen der schon in den Jahren zuvor erkennbare Trend des Machtausbaus dieser Partei fort. Damit waren die Wahlen in den Regionen Nischnij Nowgorod und Kaliningrad zugleich auch eine erste Bestätigung für die Politik der jeweiligen Gouverneure und für absehbare Zeit eine Absicherung ihrer Machtbasis in der Region. Andererseits zeigen der zum Teil sehr schmutzig geführte Wahlkampf in beiden Regionen sowie ein massiver Einsatz administrativer Ressourcen, wie wichtig der „Macht“ dieser Sieg war. Die Wähler reagierten in beiden Regionen ihrerseits mit Proteststimmen oder geringer Wahlbeteiligung sehr deutlich auf die Dominanz der aus Moskau gestellten Exekutive.

Gleichzeitig stabilisiert sich die Parteienlandschaft in Russland. Der Stimmenanteil von „Einiges Russland“ verstetigt sich bei 30–40% der Stimmen. Trotz der Verluste gegenüber den letzten Regionalwahlen in Russland im Herbst 2005 ist ein Wahlsieg bei den bevorstehenden nationalen Dumawahlen 2007 wohl gesichert. Weder „Jabloko“ noch die „Union der Rechten Kräfte“ werden mit den vorhandenen Ressourcen und ihrem Image bei den anstehenden nationalen Wahlen eine entscheidende Rolle spielen können. Dagegen

scheint die Präsidialadministration vor allem die von dieser selbst geschaffenen Partei „Heimat“ als nichtkontrollierbares Risiko für den Sieg des eigenen Favoriten wahrzunehmen. Die Folge wird voraussichtlich ein verstärkter administrativer Druck sein, um Stimmengewinne bei den nationalen Dumawahlen zu verhindern. Die Opposition reduziert sich damit faktisch auf die Kommunistische Partei, da fast alle anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien Geschöpfe des Kremls sind, die nicht gegen die „Partei der Macht“ stimmen werden.

Über die „Einheitspartei“ und ihre Verbündeten sind daher nun neben der Exekutive auch die Legislativen in die Machtvertikale integriert worden. Dass die regionalen Parlamente genauso wie die nationale Duma nur noch zum „Abnicken“ der Gesetzesentwürfe der Exekutive dienen, fördert die Konsolidierung eines funktionsfähigen Parteiensystems nicht und ist zudem das Ende der Gewaltenteilung nun auch auf regionaler Ebene. Zugleich zeigt sich ein zunehmender und offener Einsatz von „Politiktechnologie“, also der Verknüpfung administrativer und finanzieller Ressourcen mit Instrumenten der Massenbeeinflussung zur Manipulation der Wähler. Einerseits wird eine massive Wahlwerbung unter Zuhilfenahme der staat-

lich kontrollierten Medien betrieben. Andererseits werden politisch gefährliche Konkurrenten durch Wahlbehörden und Gerichte behindert oder gar nicht zur Wahl zugelassen.

Während damit die Tendenz zur ‚gelenkten Demokratie‘ in Russland verstetigt wird, erscheint die tatsächliche Wirkung angesichts der nicht erheblich gesteigerten Stimmanteile für die „Machtpartei“ und die geringe Wahlbeteiligung aber letztendlich doch nur begrenzt. Die große Zahl an Nicht- und Protestwählern ist Indikator für die Unzufriedenheit mit der Politik im Lande – wird von Parteifunktionären und den herrschenden Apparat aber auch weiterhin nicht als Herausforderung verstanden. Für die Beziehung zwischen „Macht“ und Bevölkerung verdeutlichen diese Wahlen daher eine wachsende Entfremdung: Das Volk geht nicht wählen und der „Macht“ ist das egal. Der damit verbundene Legitimitätsschwund könnte in Krisenzeiten – etwa bei Stagnation des Wirtschaftswachstums, wachsenden Belastungen durch Sozialreformen oder gar einem sinkenden Ölpreis, zu rasantem Machtverlust auf der gesamten Machtvertikale führen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autoren

Stefan Meister, M.A., ist Doktorand und Lehrbeauftragter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Guido Müntel, M.A., Doktorand an der Queen's University Belfast.

Lesetipps

- Y. Abdurakhmanov: Ideological Orientations of the Russian Electorate in State Duma Elections, in: Perspectives on European Politics and Society 6.2005, Nr. 2, S. 209–235.
- S. White: Political Disengagement in Post-Communist Russia. A Qualitative Study, in: Europe-Asia Studies, 57.2005, Nr. 8, S. 1121–1142.
- M. McFaul; N. Petrov: Elections, in: M. McFaul u.a. (Hrsg.): Between Dictatorship and Democracy. Russian Post-Communist Political Reform, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 2004, S. 23–55.
- V. Mikhailov: Regional elections and democratisation in Russia, in: Cameron Ross (Hrsg.): Russian politics under Putin, Manchester: Manchester University Press 2004, S. 198–220.
- P.J. Söderlund: Electoral Success and Federal-level Influence of Russian Regional Executives, in: Europe-Asia Studies, 57.2005, Nr. 4, S. 521–541.

Webseiten zu Wahlen und Wahlbeobachtung

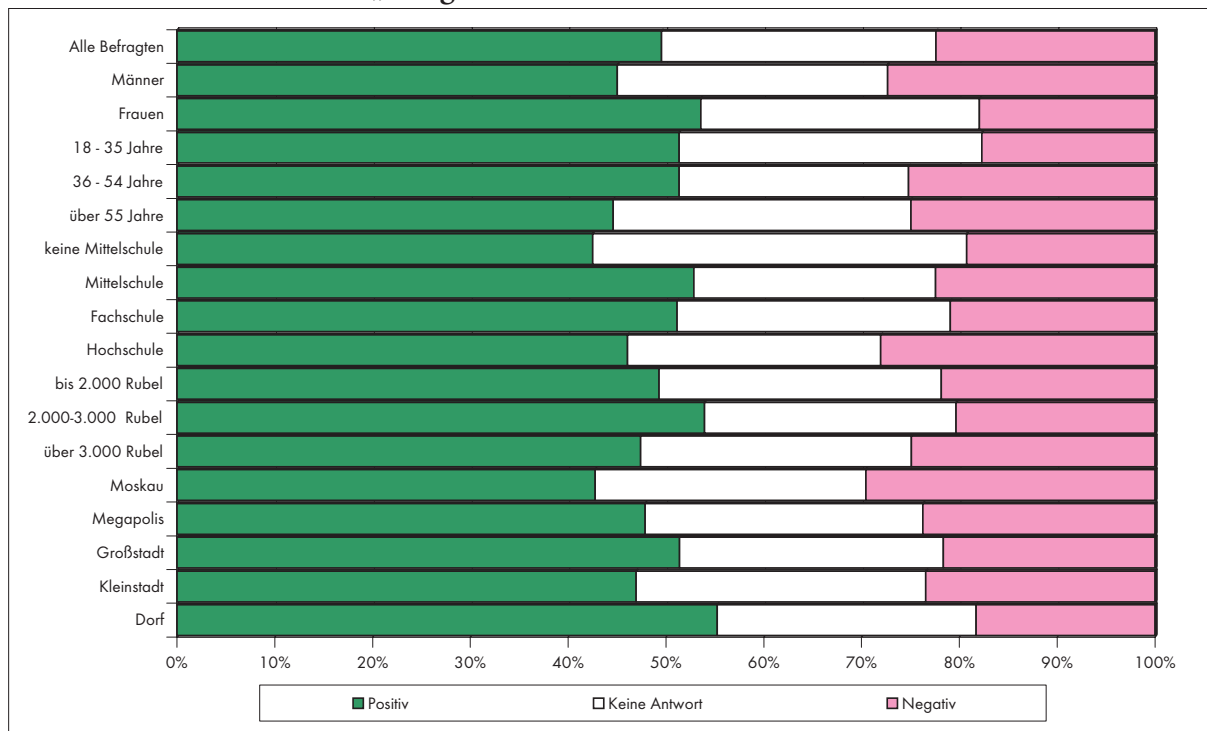
- OSZE / ODIHR Berichte zu Wahlen in Russland <http://osce.org/odihr-elections/14519.html>
- Zentrale Wahlkommission Russlands – <http://www.cikrf.ru/>
- European Union Election Assistance and Observation http://europa.eu.int/comm/external_relations/human_rights/eu_election_ass_observ/
- GOLOS (russische NGO) <http://www.golos.org>
- International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) – www.idea.int

Umfrage

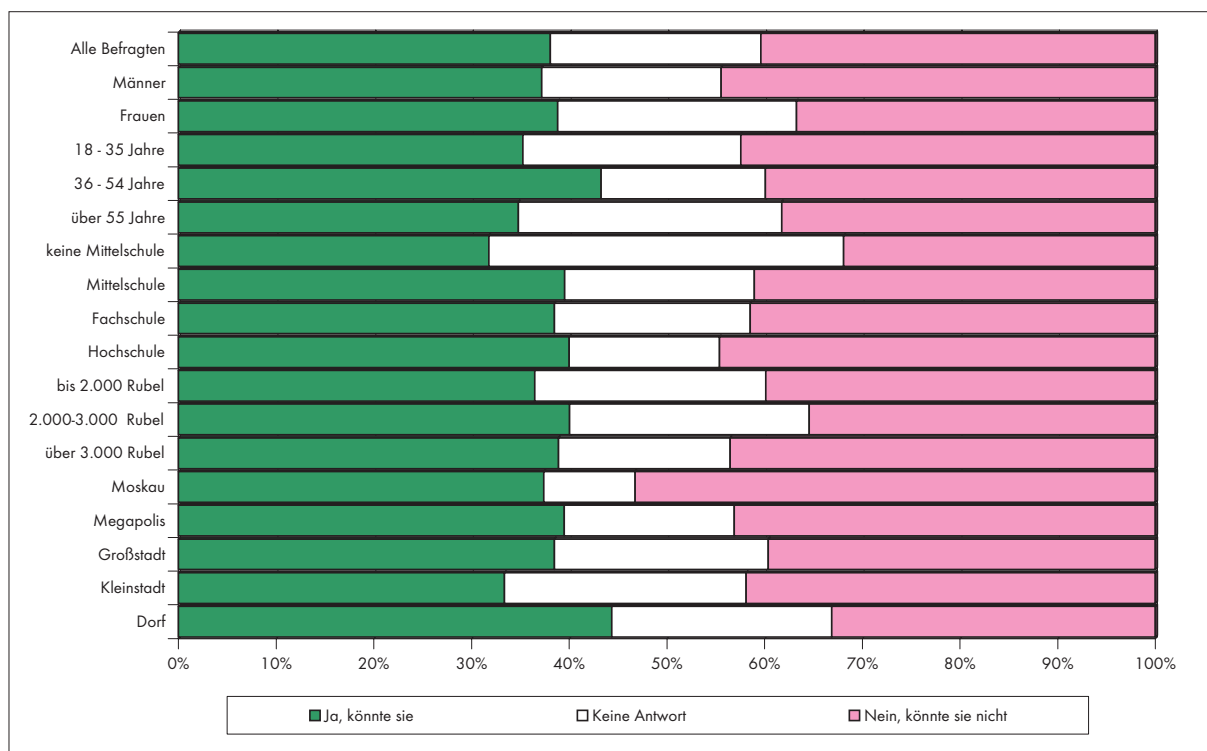
„Einiges Russland“ - die neue KPdSU?

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 10.–11. Juni 2006. <http://bd.fom.ru/zip/tb0623.zip>

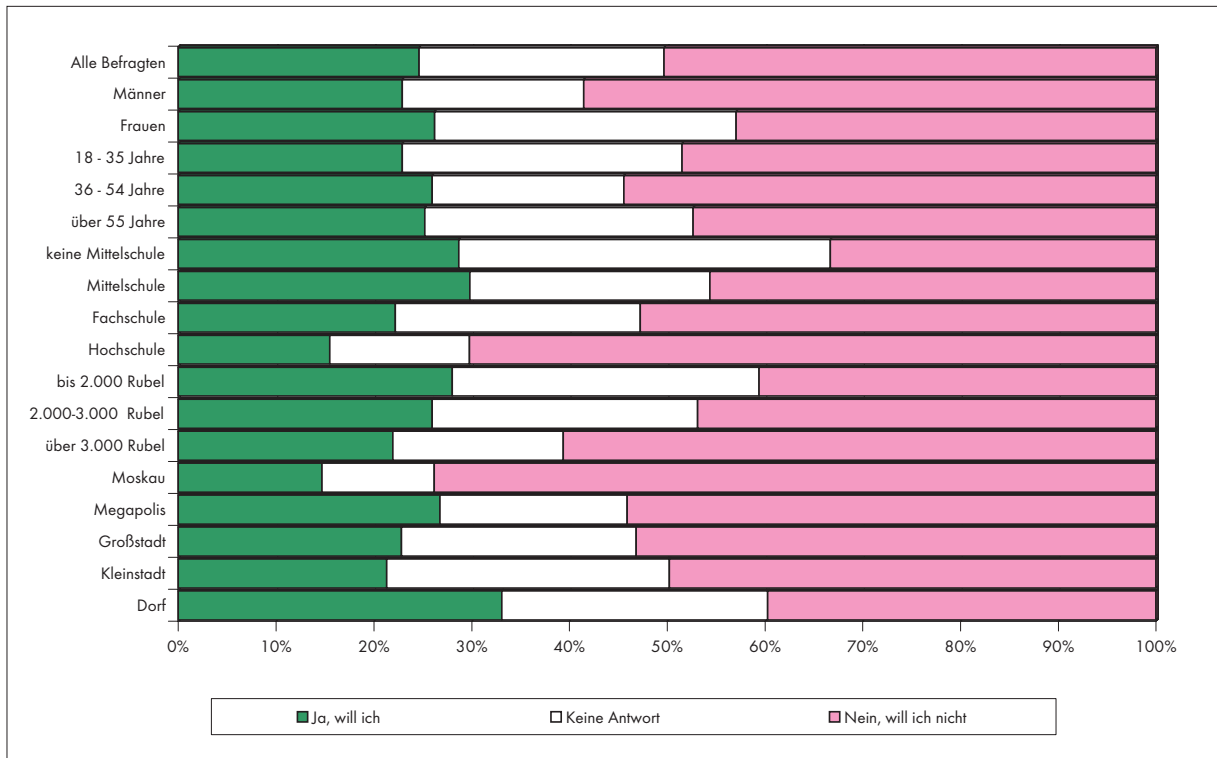
Wie stehen Sie zu der Partei „Einiges Russland“?



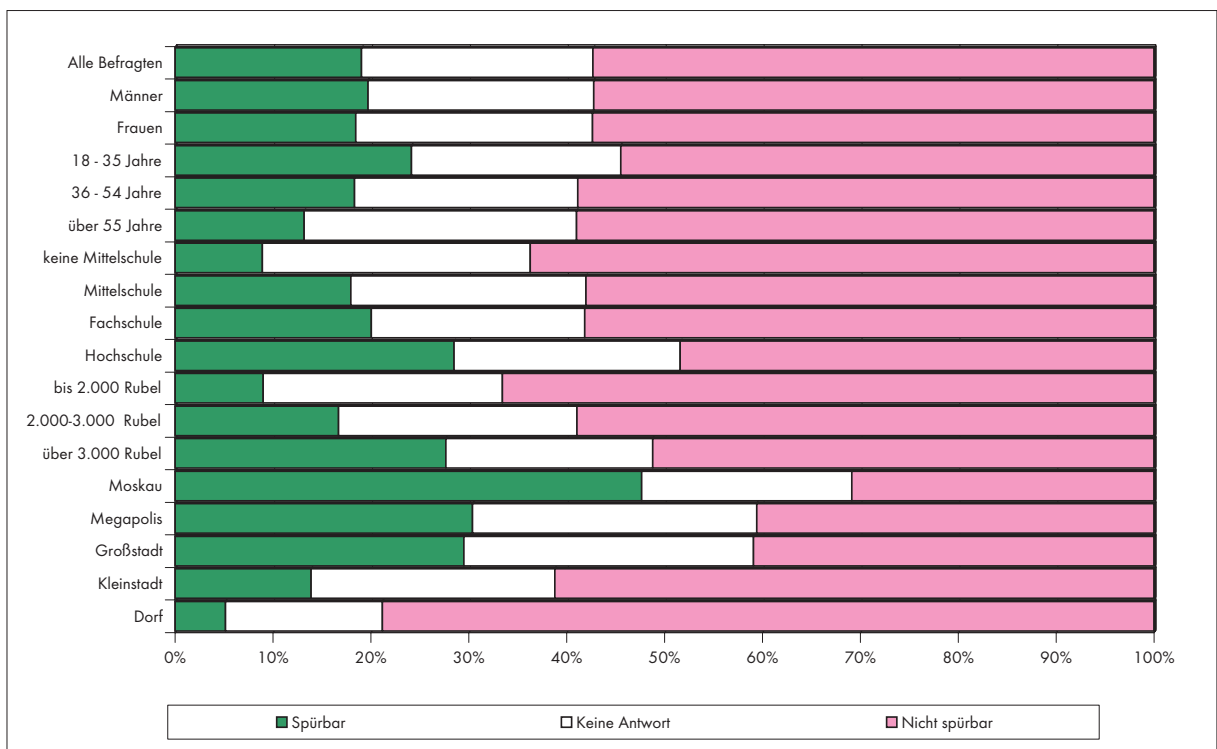
Könnte „Einiges Russland“ mit der Zeit die einzige regierende Partei werden wie früher die KPdSU?



Wollen Sie, dass „Einiges Russland“ die einzige regierende Partei wird wie früher die KPdSU?



Ist in Ihrer Stadt (Ihrem Dorf) die Tätigkeit der Partei „Einiges Russland“ spürbar?

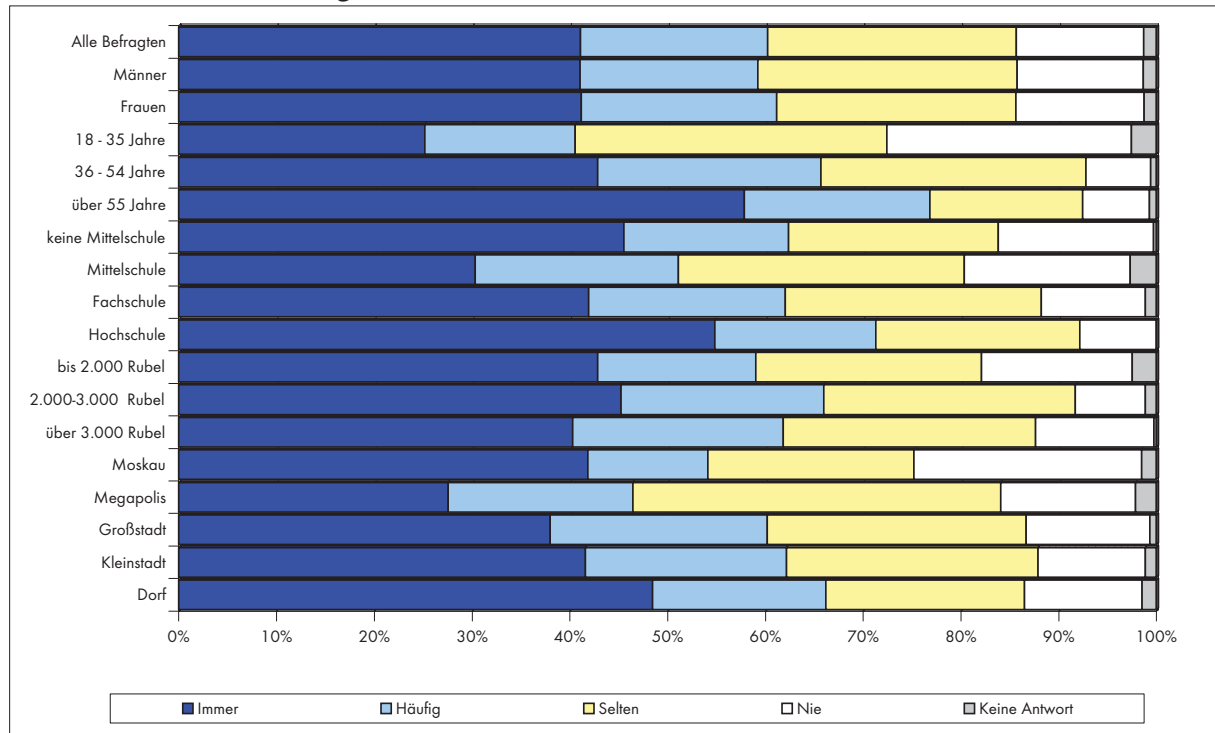


Wählen, nicht wählen und „Gegen alle“ stimmen

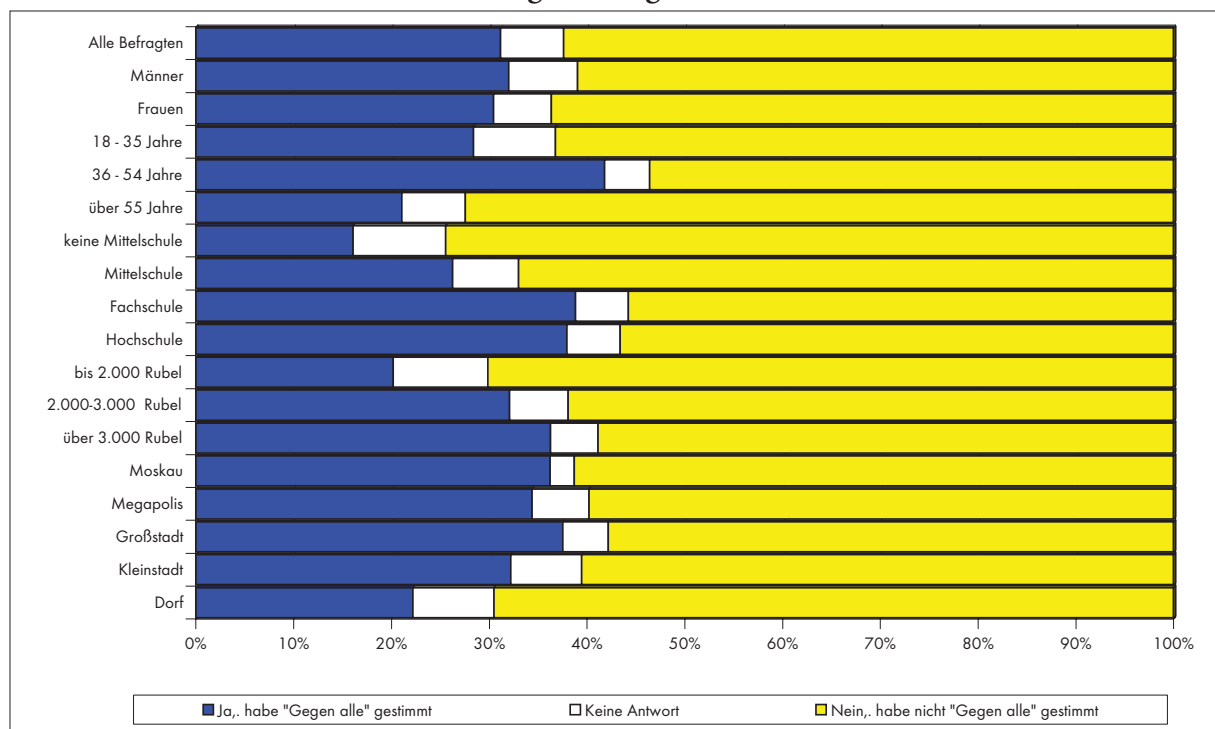
Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 17. und 18. Juni 2006. <http://bd.fom.ru/zip/tb0624.zip>

Bis vor kurzem gab es bei allen Wahlen in Russland für Wähler, die keinem Kandidaten oder keiner Partei zuneigten, die Möglichkeit, das Feld „Gegen alle“ anzukreuzen. Gedacht war dies wohl ursprünglich dazu, Protestwähler davon abzuhalten, für radikale Parteien zu stimmen, die Wahlbeteiligung hoch zu halten und die Zahl der ungültigen Stimmen zu senken. Die Duma hat diese Möglichkeit nun abgeschafft.

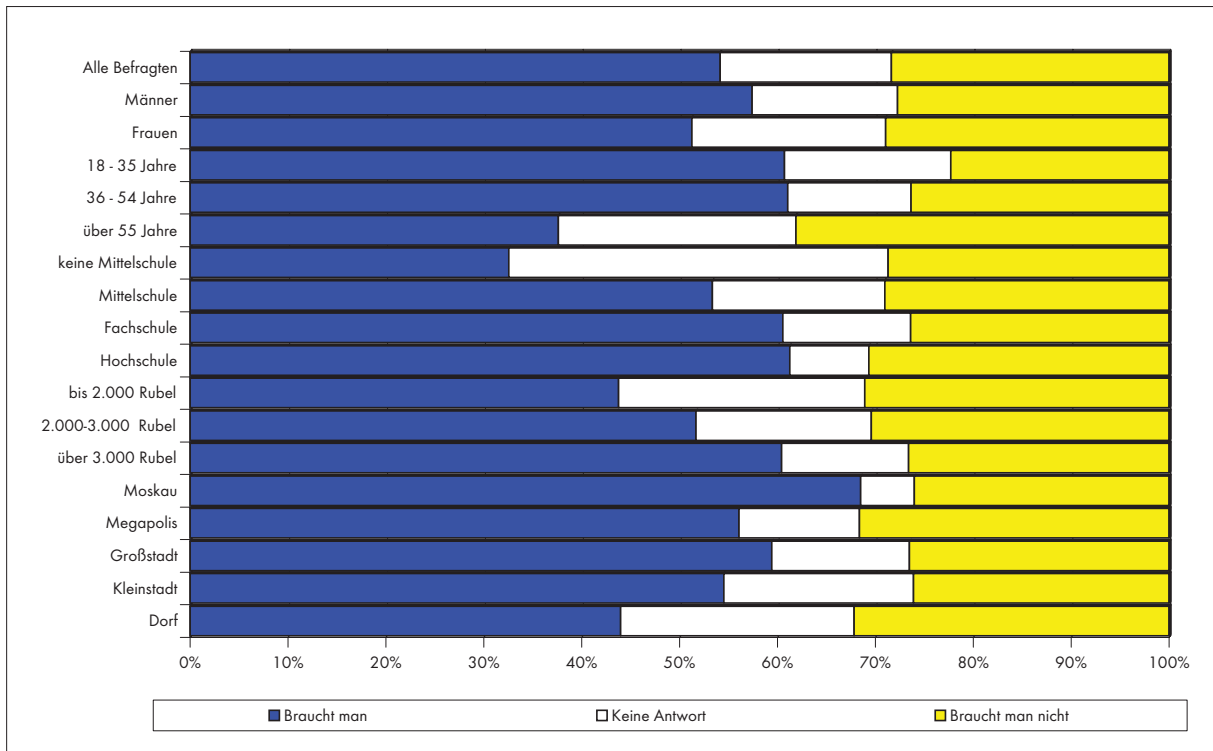
Nehmen Sie immer, häufig, selten oder nie an den Wahlen teil?



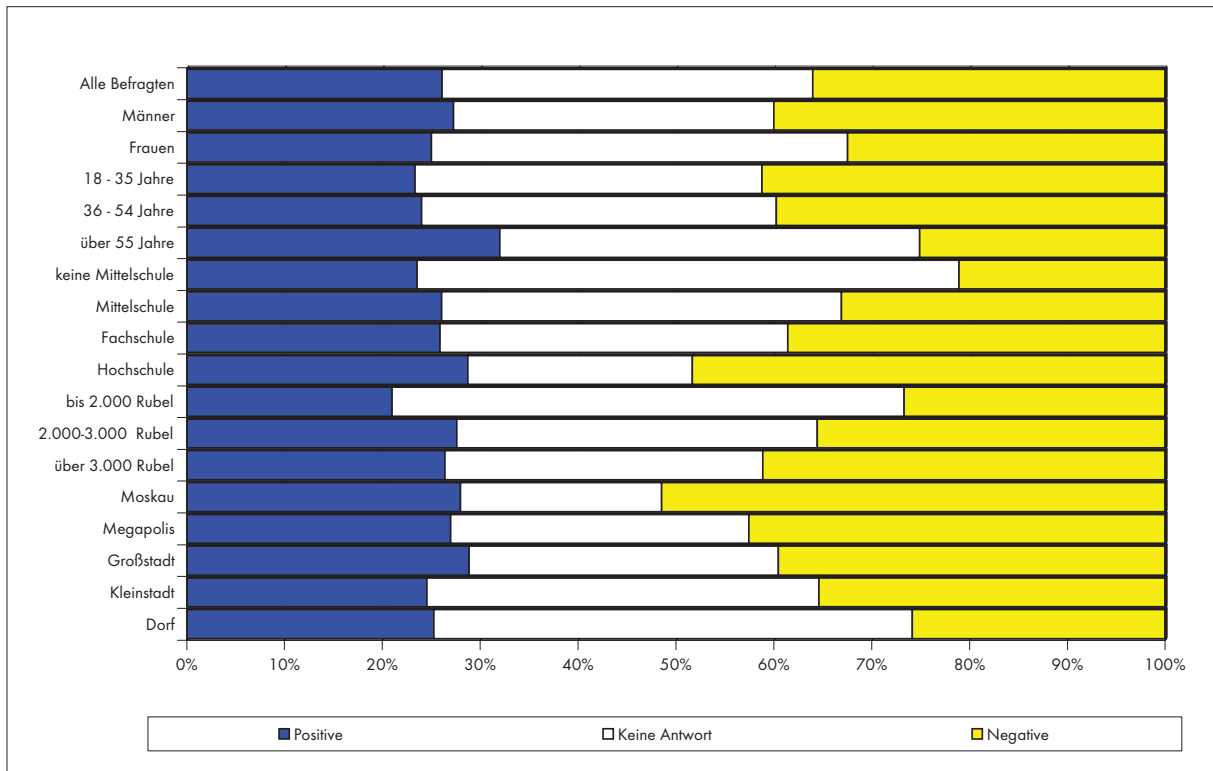
Haben Sie bei Wahlen schon einmal „Gegen alle“ gestimmt?



Braucht man das Feld „Gegen alle“ auf den Wahlzetteln?



Welche Folgen hat die Abschaffung des Feldes „Gegen alle“ – positive oder negative?



Chronik

Vom 22. bis zum 29. Juni 2006

22.6.2006	In der Ukraine kommt es nach monatelangen Streitigkeiten zur Bildung einer neuen „oranzen Koalition“. Ministerpräsidentin wird Julia Timoschenko, die sofort eine Überprüfung der Gas-Verträge mit Russland ankündigt.
22.6.2006	Der russische Außenminister Sergej Lawrow bestellt den nordkoreanischen Botschafter Pak Ui Chun ein und warnt Nordkorea vor Schritten, die das Gleichgewicht in Nordostasien stören könnten.
23.6.2006	Präsident Putin ernennt Wladimir Ustinow, der Anfang Juni als Generalstaatsanwalt abgelöst wurde, zum Justizminister.
23.6.2006	Auf der Website des tschetschenischen Widerstandes chechenpress.org veröffentlicht Doku Umarow, der nach dem Tod Abdul-Chalim Sadulajew zum Führer der Guerillabewegung geworden ist, eine Erklärung, in der er eine Offensive gegen „militärische Ziele“ in Russland ankündigt.
23.6.2006	Die Oberhäupter von 13 Regionen, darunter der Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow und der Präsident von Tatarstan, Mintimer Schajmijew, fordern Kirche, Medien und die politisch Verantwortlichen auf, sich gemeinsam gegen Extremismus vorzugehen wie er z.B. durch Dmitrij Rogosin und Eduard Limonow verkörpert wird.
23.6.2006	In Minsk findet das Gipfeltreffen der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit statt, dem Russland, Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Belarus angehören. In Minsk wird Usbekistan als siebtes Mitglied aufgenommen.
25.6.2006	Die Führung des Stahlkonzern Arcelor SA nimmt das nachgebesserte Übernahmeangebot von Mittal Steel an. Die Anteilseigner von Arcelor müssen diese Entscheidung bis Ende Juni bestätigen. Der russische Stahlkonzern Sewerstal, der ebenfalls ein Angebot gemacht hatte, zeigt sich „überrascht“.
25.6.2006	Ramsan Kadyrow wird vom Institut für Business, Management und Recht Machatschkala der akademische Grad eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften verliehen.
26.6.2006	Wladimir Shirinowskij, der Führer der rechtsextremistischen LDPR, besucht in Tel Aviv das Grab seines Vaters Wolf Ejdelschtejn, der 1949 aus der Sowjetunion nach Israel emigriert war und 1983 im Alter von 76 Jahren in Tel Aviv verstarb.
26.6.2006	Das russische Außenministerium bestätigt offiziell den Tod von vier Botschaftsangehörigen, die im Irak entführt worden waren.
26.6.2006	Vor der Botschafterkonferenz im russischen Außenministerium hält Präsident Putin eine Grundsatzrede zur Außenpolitik, in der er die Diplomaten dazu auffordert, aktiv internationale Politik zu gestalten.
27.6.2006	Auf Aufforderung des neuen Generalstaatsanwalts, Jurij Tschajka, kommen alle 13 Stellvertretenden Generalstaatsanwälte um ihren Rücktritt ein.
27.6.2006	Doku Umarow, neuer Führer der tschetschenischen Guerilla, ernennt Shamil Basajew zu seinem Vizepräsidenten.
28.6.2006	Präsident Putin weist die russischen Sicherheitsdienste an, alle Mittel einzusetzen, um die Mörder der vier russischen Botschaftsangehörigen zu finden und zu eliminieren.
29.6.2006	Jewgenij Ischtschenko, der Bürgermeister von Wolgograd, wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft per Gerichtsbeschluss aus seinem Amt entfernt.
29.6.2006	Bei einer Razzia bei der Ortschaft Sogunta in Tschetschenien kommt es zu einem Feuergefecht, bei dem ein Kompaniechef der Inneren Truppen getötet wird.
29.6.2006	In Grosny wird eine Autobombe zur Explosion gebracht. Ein Polizist wird verletzt.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de